

Wagner, Aiko; Giebler, Heiko

**Article — Accepted Manuscript (Postprint)**

It's the responsibility, stupid! Determinanten der Verantwortlichkeitszuschreibung zwischen Europäischer Union und nationaler Regierung für die wirtschaftliche Lage

Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Wagner, Aiko; Giebler, Heiko (2014) : It's the responsibility, stupid! Determinanten der Verantwortlichkeitszuschreibung zwischen Europäischer Union und nationaler Regierung für die wirtschaftliche Lage, Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, ISSN 1865-2654, Springer, Wiesbaden, Vol. 8, Iss. Sonderheft 5, pp. 123-142, <https://doi.org/10.1007/s12286-014-0210-0>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/162876>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## **It's the responsibility, stupid!**

# **Determinanten der Verantwortlichkeitszuschreibung zwischen Europäischer Union und nationaler Regierung für die wirtschaftliche Lage**

**Aiko Wagner, Heiko Giebler**

Dr. phil. A. Wagner, H. Giebler, Master of Arts  
Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“,  
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin, Deutschland  
E-Mail: [aiko.wagner@wzb.eu](mailto:aiko.wagner@wzb.eu)

E-Mail: [heiko.giebler@wzb.eu](mailto:heiko.giebler@wzb.eu)

### **Zusammenfassung**

Modelle ökonomischen Wählens rekurren auf zwei Elemente: die Evaluation ökonomischer Verhältnisse und die Zuschreibung von Verantwortlichkeit. So wird eine demokratietheoretisch wichtige Kontrollfunktion ermöglicht; bei schlechter Lage und perzipierter Regierungsverantwortung wird eine Stimme für die Regierung unwahrscheinlicher. In letzter Zeit finden sich vermehrt Studien, die einen Bias bei der Evaluation und teilweise auch bei der Zuschreibung von Verantwortlichkeit nachweisen.

Unser Beitrag transferiert diese Beobachtungen in den Kontext der EU. Die Ergebnisse dieser vergleichenden Analyse bestätigen, dass sowohl Parteineigungen zugunsten der Regierung als auch Einstellungen gegenüber der EU die Verantwortungszuschreibung, konditional zur wirtschaftlichen Lage, verzerren. Die demokratietheoretische Relevanz des Ansatzes ist somit stark beeinträchtigt.

---

### **Schlüsselwörter**

Ökonomisches Wählen, Verantwortungszuschreibung, Verzerrung, EU

# **It's the responsibility, stupid! Explaining economic accountability of the European Union and national governments**

## **Abstract**

Two elements constitute economic voting models: the evaluation of economic conditions and responsibility. This enables an important control mechanism rooted in democratic theory. The combination of bad conditions and perceived accountability decreases the likelihood that votes will be cast for the incumbent. Recent studies have shown that these evaluations are biased; some studies state similar findings with regard to accountability.

Our contribution applies these observations to the EU context. Results of this comparative analysis confirm that both party identification in favour of the incumbent and positive attitudes towards the EU distort accountability. The degree of distortion depends on economic conditions. Thus the relevance of the approach in the context of democratic theory is strongly impaired.

---

## **Keywords**

Economic voting, Responsibility, Bias, EU

## **1 Einleitung**

Nicht erst durch die gegenwärtige Krise der Wirtschaft, des Euro und der Staatsfinanzen drängt das Ökonomische wieder stärker in die Politikwissenschaft zurück. Seit Jahrzehnten belegen wirtschaftliche oder zumindest mit der wirtschaftlichen Lage zusammenhängende Herausforderungen wie beispielsweise die Arbeitsmarktsituation die vorderen Plätze, wenn die Bürgerinnen und Bürger nach den drängendsten Problemen gefragt werden. Dementsprechend wichtig ist die Wirtschaft auch für das Wahlverhalten, worauf das zum Schlagwort gewordene „It's the economy, stupid“ aus dem 1992er Wahlkampf Bill Clintons abzielt. Für Modelle des Economic Voting werden die wirtschaftliche Lage bzw. Entwicklung zur Erklärung und Vorhersage von Wahlergebnissen sowie individuellen Wahlentscheidungen herangezogen. Dieser äußerst populäre Ansatz rekurriert vorrangig auf zwei Elemente: die Bewertung ökonomischer Verhältnisse und die Zuschreibung von Verantwortlichkeit (responsibility) für eben diese. Ist beides gegeben, stellt ökonomisches Wählen eine demokratietheoretisch wichtige Kontroll- bzw. Kommunikationsfunktion zwischen dem Demos und den Repräsentanten und Repräsentantinnen dar – für eine schlechte Performanz wird die Regierung abgestraft.

Aufbauend auf Studien, welche die Exogenitätsannahme – d. h., dass die erklärenden Größen des Modells nicht ihrerseits vom zu erklärenden Phänomen beeinflusst sind – vor allem der Evaluation der wirtschaftlichen Lage, aber vereinzelt auch der Verantwortungsattribution in Frage stellen, sowie vor dem Hintergrund der europäischen ‚Krisen‘ untersuchen wir im vorliegenden Papier Verzerrungen von Verantwortungszuschreibungen zwischen nationalen Regierungen und der Europäischen Union. Mit Verzerrungen oder Bias sind dabei Abweichungen von einer wie auch immer zu definierenden Realität von Verantwortung für konkrete Verhältnisse

gemeint, die auf andere individuelle Einstellungen und Bewertungen zurückgeführt werden können. Dazu wird in einem ersten Schritt dargelegt, aus welchen Bausteinen ein ökonomisches Grundmodell der Erklärung der Wahlentscheidung besteht. Daraufhin wird die neuere Literatur zum systematischen Bias in der Bewertung der Wirtschaftsentwicklung bzw. -lage verwendet, um einen Zugang zur Analyse von Verzerrungen auch in der Verantwortungszuweisung zu finden. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, unter welchen Umständen die nationale Regierung oder die Europäische Union vorrangig verantwortlich gemacht werden. Konkret fragen wir also: Lassen sich in der Zuschreibung von Verantwortlichkeit zwischen EU und nationaler Regierung systematische Verzerrungen feststellen? Und wenn ja, woher kommen diese?

Grundlage der Untersuchung sind die Daten der Europäischen Wählerstudie 2009, also zu Bürgerinnen und Bürgern aus den 27 EU-Staaten (van Egmond et al. 2011). Unsere Ergebnisse bestätigen die Hypothesen, dass sowohl Parteineigungen zugunsten der Regierungsparteien als auch EU-skeptische Einstellungen dazu führen, die Verantwortung für negative wirtschaftliche Entwicklungen vermehrt der EU und für positive stärker der nationalen Regierung zuzuschreiben. Ein umgekehrter Trend ist für Personen mit einer positiven Einstellung gegenüber der EU zu beobachten. Diese Ergebnisse mehren die Zweifel an der Einordnung des ökonomischen Wählens als prominentes Beispiel für die objektive Zuschreibung von Verantwortlichkeit.<sup>1</sup>

## **2 Ökonomisches Wählen: Wirtschaftliche Lage, Verantwortung und Bias**

Ökonomisches Wählen ist wohl eine der am meisten verbreiteten Erklärungen sowohl für Wahlergebnisse als auch, damit logisch zusammenhängend, für das individuelle Wahlverhalten. Modelle dieses Ansatzes nehmen grundsätzlich an, dass Wählerinnen und Wähler nach ‚Kassenlage‘ entscheiden. Die demokratietheoretische Relevanz bezieht Ökonomisches als Teil von retrospektivem Wählen durch das darin zum Ausdruck kommende ‚Verantwortlichhalten‘. Durch das Abstrafen bzw. Belohnen der Regierung für ihre (wirtschaftspolitische) Arbeit dient ökonomisches Wählen dem Ziel, die politischen Eliten auf dem Weg zu allgemeiner Wohlfahrt (oder zumindest in Korrespondenz mit den Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger) verantwortlich zu halten.

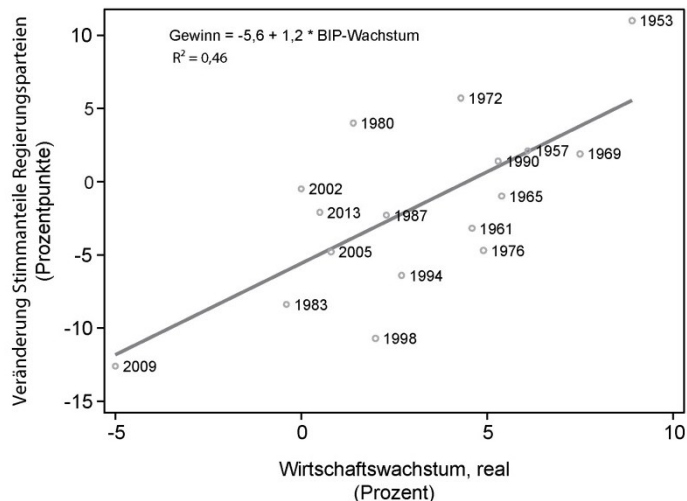
Aus Abb. 1 wird der Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Regierungsstimmen für die Bundestagswahlen in der Bundesrepublik deutlich. Es zeigt sich ein recht stabiler Zusammenhang zwischen einer positiven Wirtschaftsentwicklung und Stimmgewinnen der am Wahltermin amtierenden Regierungsparteien.

Damit plausibilisiert werden kann, dass dieser Makromechanismus sich auch in individuellem Verhalten niederschlägt, wird eine Brückenhypothese angenommen: Die tatsächliche wirtschaftliche Lage wird von den Wählerinnen und Wählern per-

---

<sup>1</sup> Die deutsche Sprache bleibt leider eine passende Übersetzung für den Begriff der Accountability schuldig. ‚Verantwortlichkeit‘ (im Englischen eher responsibility) trifft es nicht ganz, da Accountability in der politikwissenschaftlichen Verwendung auch die Verantwortungszuschreibung sowie das ‚Verantwortlich halten‘ mit einschließt. Daher werden wir, um den englischen Begriff zu vermeiden, auf verschiedene Begrifflichkeiten aus dem Wortfeld ‚Verantwortung‘ zurückgreifen.

**Abb. 1** Wirtschaftliche Entwicklung und Stimmgewinne der Regierungsparteien in der BRD, 1953 bis 2009. Für Bundestagswahlen in der ersten Jahreshälfte wurden die Vorjahreswerte des Wirtschaftswachstums verwendet, für Wahlen in der zweiten Jahreshälfte die Wachstumszahlen des jeweiligen Wahljahres. (Quelle: Bundeswahlleiter und Bundesamt für Statistik)



zipt und bewertet. Diese Bewertungen entscheiden mit darüber, ob die Regierung oder die Opposition die Stimme erhält. Hier ist jedoch zu differenzieren, welche der angesprochenen Kassenlagen den Ausschlag gibt. Vier Bewertungsobjekte finden sich in der Forschung: die Lage der Bürgerinnen und Bürger selbst, dann ist vom Pocketbook Voting die Rede; oder die Lage dreier geografischer Einheiten (Region, Staat, supranationale Einheit wie die EU). Dazu kommen die drei unterschiedlichen Zeitbezüge – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – sowie der Objektivitätsgrad, d. h. die Frage, ob reale wirtschaftliche Faktoren<sup>2</sup> oder subjektive Perzeptionen Element der Analyse sind. Damit liegt eine Vielzahl (vier Bewertungsobjekte mal drei Zeiten mal zwei = 24) an Möglichkeiten vor, wie ökonomisches Wählen konzeptualisiert werden kann.<sup>3</sup> In jedem Fall wird von einem eher einfachen Wahlmechanismus ausgegangen, der auch unter der Annahme von schlechter Informiertheit und/oder fehlender Konsistenz der Einstellungssysteme des Elektors (wie sie die Michigan-School unterstellt) funktioniert. „The pocketbook voter need only consult his bank account; the sociotropic voter can consult the news to assess the health of the economy“ (Healy und Malhotra 2013, S. 286). Dementsprechend umfangreich ist mittlerweile die Forschung zu diesem Thema – Lewis-Beck und Stegmaier (2000) berichteten schon vor mehr als einem Jahrzehnt von über 300 Büchern und Artikeln zum Thema.<sup>4</sup> Der Einfluss auf das Wahlergebnis sollte einerseits nicht überschätzt werden, ist er doch im Vergleich zu anderen Faktoren des Wahlverhaltens wie der Parteineigung als moderat einzustufen. Andererseits lässt sich festhalten, dass der Effekt in der gleichen Größenordnung wie politische Streitfragen und gesellschaftliche Spaltungslinien einzuordnen ist (Blais et al. 2004; Lewis-Beck 1986).

<sup>2</sup> Wobei diesbezüglich wiederum unterschieden werden kann, ob das Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosigkeit oder die Inflation bzw. die jeweiligen Veränderungen betrachtet werden.

<sup>3</sup> Siehe z. B. für eine Diskussion von egozentrischen vs. soziotropischen und objektiven vs. subjektiven Ansätzen bereits Weatherford (1983).

<sup>4</sup> Siehe dort oder Anderson (2007) für einen guten Überblick über die Entwicklung der Literatur zum ökonomischen Wählen.

**Tab. 1** Schematischer Zusammenhang von Verantwortungszuschreibung, wirtschaftlicher Entwicklung und Wahlverhalten

	Regierungsverantwortung	Keine Regierungsverantwortung
Positive Wirtschaftsentwicklung	Stimme für Regierung	Keine Vorhersage
Negative Wirtschaftsentwicklung	Stimme für Opposition	Keine Vorhersage

Nun lässt sich nur dann sinnvollerweise annehmen, dass die wirtschaftliche Entwicklung zur Entscheidungsfindung pro oder contra Regierung herangezogen wird, wenn die Entscheidungsobjekte, also beispielsweise im bundesdeutschen Fall die Regierungsparteien, für diese Entwicklung verantwortlich gemacht werden (können). Wenn die wirtschaftliche Entwicklung nicht in der Hand der Regierung liegt, sollte diese auch nicht für jene verantwortlich gemacht werden. In Zeiten wirtschaftlicher Integration, als Stichworte seien Europäisierung und Globalisierung genannt, konditioniert die Verantwortungszuschreibung den Einfluss der Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung auf das Wahlverhalten. Entsprechend sollten individuelle Wahlentscheidungen gemäß dem in Tab. 1 dargestellten Schema zu beobachten sein.

Folgt man einem einstellungstheoretischen Paradigma und konzentriert sich entsprechend auf die Bewertung der wirtschaftlichen Lage und mithin auf subjektive Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger, finden sich hinsichtlich der Erklärungsstärke Anzeichen für eine Dominanz des retrospektiven soziotropischen Wählens. D. h., dass die Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes in der Vergangenheit die vergleichsweise stärkste Vorhersagekraft für das Wahlverhalten aufweist – auch wenn die Diskussion über die Relevanzordnung nicht als beendet angesehen werden kann.<sup>5</sup>

Abbildung 2 illustriert an einem Beispiel den Moderatoreffekt der Verantwortungszuschreibung. Abgebildet ist der Effekt der retrospektiven Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zur Bundestagswahl 2009.<sup>6</sup> Grundlage war ein rein ökonomisches logistisches Modell ohne Kontrollvariablen, in welchem die Wahlentscheidung – Zweitstimme für eine Partei der vorherigen Regierung (Union, SPD) vs. für eine der anderen Parteien – auf die multiplikative Interaktion von Lagebeurteilung<sup>7</sup> und Verantwortungszuschreibung zurückgeführt wurde.

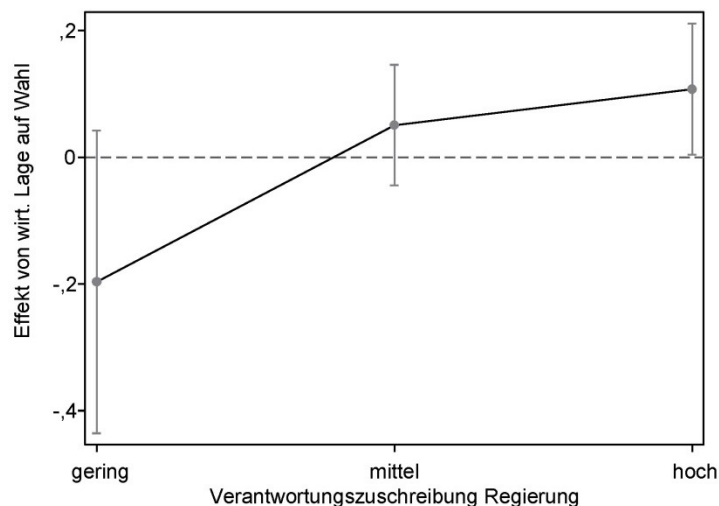
Das Resultat bestätigt, wenn auch knapp, die Ergebnisse bisheriger Studien (z. B. als eine der ersten Peffley und Williams 1985). Nur bei hinreichend hoher Verantwortungszuschreibung führt eine positive Bewertung der Wirtschaft zu einem Mehr an Stimmen für die Regierungsparteien und umgekehrt eine negative Bewertung zu weniger Stimmen.

<sup>5</sup> Für Großbritannien siehe bspw. Clarke et al. (2002), für Deutschland Rattinger und Kellermann (2007).

<sup>6</sup> Die Datengrundlage bildet der Nachwahl-Querschnitt der GLES (Rattinger et al. 2011).

<sup>7</sup> Aufgrund der Wirtschaftskrise sind positive Antworten bzgl. der wirtschaftlichen Entwicklung selten. Daher wurde die retrospektive Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland in eine binäre Variable überführt, in der Werte von null für schlechte und sehr schlechte Entwicklungen stehen, Werte von eins eine gleich gebliebene oder (stark) verbesserte Lage widerspiegeln. Ebenfalls aufgrund andernfalls sehr geringer Fallzahl wurde die Verantwortungszuschreibung von fünf auf drei Kategorien reduziert. Es wurde ein kombiniertes sozial-, regionalstrukturelles und Transformationsgewicht verwendet.

**Abb. 2** Verantwortung, wirtschaftliche Lage und Wahlverhalten zur BTW 2009, marginale Effekt mit 95 % Konfidenzintervall



Bereits vor mehr als zwei Jahrzehnten wies Paldam (1991) darauf hin, dass diese konditionierte Wahlfunktion nicht unbedingt stabil ist. Neben methodischen Fragen<sup>8</sup> lassen sich gegenwärtig sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene Faktoren ausmachen, deren Heterogenität nicht zu vernachlässigen ist. Auf der Makroebene sind dies vor allem politische Institutionen und Koalitionsregierungen (Rudolph 2003; van der Brug et al. 2007). Auf der Individualebene variiert die Gültigkeit von ökonomischen Wahlvorhersagen nach Gruppenzugehörigkeiten; zudem sind Faktoren wie Versiertheit, politisches Interesse und Parteipräferenzen zu beachten (Dorussen und Taylor 2002, S. 98 f.). Diese individuellen Faktoren wiederum lassen sich in zwei Bereiche unterteilen: „(a) informational and cognitive limits and (b) the impact of values and predispositions on the formation of economic perceptions and evaluations as well as attributions of responsibility. Both streams of research examine the conditions under which actual economic conditions are translated into voter behavior most truthfully via citizens' subjective perceptions of economic conditions“ (Anderson 2007, S. 278).

Für diesen Beitrag ist vor allem festzuhalten, dass die subjektive Bewertung der wirtschaftlichen Lage nicht (vollständig) exogen ist. Vielmehr gilt, dass vorher feststehende Parteibewertungen auch hier einen Einfluss ausüben. Anhänger der Regierungsparteien bewerten bei gleicher objektiver Lage im Mittel die Regierungsarbeit besser als Oppositionsanhänger.<sup>9</sup> So fanden Duch und Palmer (2002) sowie Bartels (2002) in ihren komparativen Studien, dass eine Parteinäheigung für eine Regierungspartei die Beurteilung der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung positiv beeinflusst (Anderson 2007). Ähnlich fanden Clarke et al. (2002), dass parteipolitische Heuristiken zur Erwartungsbildung über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung her-

<sup>8</sup> Augenzwinkernd fasst er den wissenschaftlichen Prozess wie folgt zusammen: „First X presents an impressive study of the Vote or Popularity function for country Z, with a nice theory and – most important – very fine econometric fits: a high R<sup>2</sup>, very significant t-ratios, and, in addition, some new econometric trick like the ζζ-test from the latest issues of Esoterica. Everybody is impressed, until a few years later Y demonstrates that, by one little change, X's result collapses.“ (Paldam 1991, S. 10).

<sup>9</sup> Weitere Forschung fokussiert auf Unterschiede zwischen Wählerinnen und Wählern bezüglich des Ausmaßes, in dem ökonomische Evaluationen in ihre Entscheidungsfindungsprozesse eingehen (Anderson 2007; Steiner und Steinbrecher 2012).

angezogen werden. Begründet werden diese Ergebnisse mit sozialpsychologischen Mechanismen; vor allem wird eine Rationalisierungsthese im Sinne einer wechselseitigen Anpassung von Verhalten und Bewertung, hier also einer Endogenität der Wirtschaftseinschätzung, angeführt (Anderson et al. 2004, S. 683). In dem Umfang, wie dies zutrifft, reduziert sich die im ökonomischen Wählen zum Ausdruck kommende bzw. gemessene Verantwortlichkeitszuschreibung und das anfänglich vorgetragene demokratietheoretische Argument wird unterlaufen.

Darüber hinaus, und womöglich sogar schwerwiegender, häufen sich Indizien dafür, dass auch die Verantwortungsattribution nicht ohne Bias ist. Diese Fehlerhaftigkeit der Zuschreibung ist dabei nicht zufällig. Vielmehr folgt auch sie einer parteipolitischen Logik. So wird im nationalen Kontext in einem gewissen Grad positive Performanz derjenigen Partei angerechnet, die von Ego (aus anderen Gründen) präferiert wird, während für schlechte Leistungen Parteien verantwortlich gemacht werden, die Ego nicht schätzt (Norpoth 2001; Peffley und Williams 1985; Rudolph 2003). Der Grund dafür wird im sozialpsychologischen Mechanismus des Group-serving Bias vermutet. Demnach wird Positives generell der Eigengruppe zugeschrieben, Negatives wird extern attribuiert (In-Groups vs. Out-Groups); Umgekehrtes gilt für die Fremdgruppe (Tilley und Hobolt 2011). Nicht von ungefähr erinnert dieser Mechanismus an die Konzeptualisierung der Parteinähe im Michigan-Ansatz (Campbell et al. 1960). Denn auch hier wird über Selbstidentifikation und -perzeption als Teil einer Gruppe ein Wahrnehmungsbias postuliert, der die Realität (von Sachfragen, Kandidaten, usw.) durch eine parteiliche Brille gefärbt wahrnehmen lässt. Die Parteinähe ist damit die politische Konkretisierung der Group-serving Bias-Erklärung bezüglich der Wahrnehmungsverzerrung der Ökonomie – sowohl hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage als auch der Verantwortung für diese. Das demokratietheoretische Problem ist dabei, dass damit die Verbindung von objektiver Lage und objektiver Verantwortung zu subjektiver Lagewahrnehmung und Verantwortungszuschreibung in dem Maße geschwächt ist, wie beide subjektiven Faktoren einem Bias unterliegen. Damit nimmt die Funktion des ökonomischen Wählens in der Repräsentativdemokratie deutlichen Schaden.

Bislang wurde stets der nationale Rahmen betrachtet und die berichteten Ergebnisse resultierten aus Analysen zu nationalen Bewertungen. Die oben erwähnten und allseits diskutierten Entwicklungen der wirtschaftlichen Transnationalisierung, Integration und Verwobenheit zwischen mehreren Staaten bzw. weltweit, verkomplizieren die Verantwortungszuschreibung jedoch dramatisch. Vervielfältigt wird diese Problematik auch in politisch (teil-)integrierten Mehrebenensystemen wie der EU. Hier müssen die Bürgerinnen und Bürger nochmals differenzieren, in wie weit die nationale Regierung vis-à-vis supranationaler Ebene für wirtschaftliche Entwicklungen verantwortlich zu machen ist.<sup>10</sup> Ohne in Übertreibungen zu verfallen, sollte zudem nicht unerwähnt bleiben, dass die Krise – ob Euro- oder Schulden- oder welchen Namens auch immer – diese Fragen von geteilter wirtschaftlicher Verantwortung

---

<sup>10</sup> Diese Sichtweise klammert den Einfluss von weiteren Akteuren, bspw. multinationalen Konzernen oder anderen politischen Akteuren wie den USA, vorerst aus. In den empirischen Analysen werden aber Kontrollvariablen eingeführt, die das Ausmaß abbilden, in welchem überhaupt Effekte der politischen Entscheidungen auf den beiden Ebenen – Nationalstaat und Europäische Union – perzipiert werden.



nicht einfacher gemacht hat. Welchen Einfluss hat(te) die zurückhaltende Lohnpolitik Deutschlands auf die Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Länder? Welche Auswirkungen sind durch die Bürgschaftsübernahme des ‚Nordens‘ für die griechischen Staatsschulden zu erwarten? Und: welche politischen Akteure tragen welchen Teil der Verantwortung für diese Entwicklungen?

Im Mehrebenensystem ist das Blame Game noch ausgeprägter als im nationalen Kontext. Aus der Literatur zur Wohlfahrtsstaatsforschung sind verschiedene Strategien bekannt, die Akteure wählen, um vor allem für einen Rückbau sozialstaatlicher Leistungen nicht die elektoralen Kosten tragen zu müssen (Blame Avoidance). Diese lassen sich in zwei Bereiche differenzieren: einerseits solche, die auf Präferenzen der Wählerinnen und Wähler bezogen sind (Reframing der Politikinhalte, Kompensation und Befreiung von der Wirkung für bestimmte Wählergruppen) und andererseits Strategien, die sich auf die Perzeption der Politiken beziehen (z. B. Schwarzer-Peter-Spiele; siehe für einen guten Überblick Hering 2008).

Da die Präferenzen hinsichtlich des Wirtschaftswachstums kaum variieren und wir es hier eher mit einem Valenz- als mit einem polaren Positionsisue zu tun haben, sind für die Anwendung auf ökonomisches Wählen die auf die Präferenzen des Elektorats zielenden Reframing-Verfahren allerdings weniger wichtig als das Thema der Perzeption der Verantwortung. Mit dieser Perspektive vereinbar betonen Hobolt et al. (2013), dass im Mehrebenensystem die parteipolitische Verzerrung nicht die einzige ist, nach der sich Eigen- und Fremdgruppe konstituieren. Während auf der nationalen Ebene die Parteipräferenz der wohl wichtigste Indikator dafür ist, ob eine Regierung für Politikergebnisse verantwortlich gemacht wird, ist es auf der europäischen Ebene schwieriger, ist doch die EU-Exekutive parteipolitisch heterogen. Hier spielten die Einstellungen gegenüber der EU als Ganzes die funktional äquivalente Rolle: „General feelings about the EU have similarities with other political predispositions, such as partisanship. In other words, just like partisanship may influence how voters attribute credit and blame, attitudes towards the European Union may also shape attributions“ (Hobolt et al. 2013, S. 157). EU-skeptische Bürgerinnen und Bürger werden eine als schlecht bewertete wirtschaftliche Lage eher mit der EU-Politik in Verbindung bringen als Befürworter der Europäischen Union, genau wie Oppositionsanhänger auf nationaler Ebene eher geneigt sind, die Regierung für geringes oder negatives Wirtschaftswachstum verantwortlich zu machen. In Experimenten finden Hobolt et al. für diese Hypothesen auch Bestätigung.

Im Folgenden wird der nächste Schritt in dieser Forschungsrichtung gemacht, indem das Experimentallabor verlassen und Umfragedaten in den Blick genommen werden. Zudem sollte sich eine Analyse der Verantwortungszuschreibung nicht auf ein einziges Land festlegen, sondern die Vorteile der komparativen Analyse nutzen. Damit kann vermieden werden, Idiosynkrasien eines Sonderfalls als allgemeingültiges Muster aufzufassen. Wir wenden uns daher in den folgenden Abschnitten dem Saldo aus der Verantwortungszuschreibung von nationaler und europäischer Ebene zu. Es wird zu prüfen sein, inwieweit dieser Saldo von den oben geschilderten Verzerrungen betroffen ist.

Die zentrale Hypothese lautet, dass die Verantwortung für eine schlechte wirtschaftliche Entwicklung eher dann bei der Europäischen Union vermutet wird, wenn damit die Eigengruppe entlastet wird. Umgekehrt wird die Verantwortung für eine

**Tab. 2** Hypothesen über die Verzerrung der Verantwortungszuschreibung

	Positive Bewertung des politischen Akteurs (Regierung/EU)	Negative Bewertung des politischen Akteurs (Regierung/EU)
Positive Wirtschaftsentwicklung	Verantwortungszuschreibung an Akteur	Keine Verantwortungszuschrei- bung an Akteur
Negative Wirtschaftsentwicklung	Keine Verantwortungszuschrei- bung an Akteur	Verantwortungszuschreibung an Akteur

gute Entwicklung eher der Eigengruppe zugeschrieben. Ausdifferenziert nach den beiden Ebenen – national Regierungs- vs. Oppositionsanhänger und supranational EU-Befürworter vs. EU-Gegner – ergeben sich zwei Subhypothesen:

*Hypothese 1a:* Regierungsanhänger weisen bei schlechterer wirtschaftlicher Entwicklung die Verantwortung eher der EU zu, bei besserer Entwicklung sehen sie die Verantwortung eher bei der nationalen Regierung.

*Hypothese 1b:* Je schlechter die wirtschaftliche Entwicklung, desto stärker weisen Bürgerinnen und Bürger mit EU-skeptischen Einstellungen die Verantwortung der EU zu. Positive Signale aus der Wirtschaft führen umgekehrt bei EU-Skeptikern dazu, eher die nationale Regierung für verantwortlich anzusehen.

Beide Hypothesen finden sich schematisch in Tab. 2 dargestellt. Um diese Hypothesen zu prüfen, wird der Saldo aus EU und nationaler Verantwortung auf die Interaktion von wirtschaftlicher Entwicklung und Regierungsanhängerschaft einerseits und EU-Einstellungen andererseits zurückgeführt.

### **3 Datengrundlage, abhängige und unabhängige Variablen und Validierung des Verantwortlichkeitsindex**

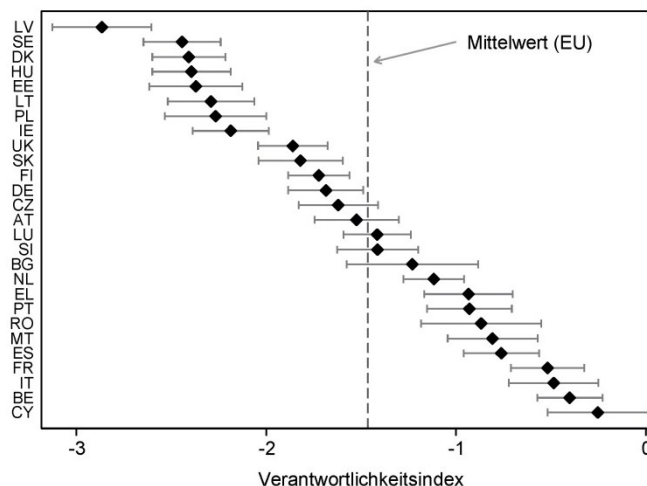
Auf der Individualebene bildet die Studie zu den Europäischen Parlamentswahlen 2009 (PIREDEU) die Datengrundlage für unsere Analyse. Wir nutzen hierbei die Wählerstudie (van Egmond et al. 2011), für die zeitgleich in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten eine Nachwahlbefragung durchgeführt wurde.<sup>11</sup> Die nationalen Samples weisen jeweils eine Größe von ca. 1000 Befragten auf. Diese Daten wurden um Informationen auf der Makroebene zu Regierungszusammensetzung und wirtschaftlichen Kennziffern ergänzt.

Unsere abhängige Variable, der *Verantwortlichkeitsindex*, errechnet sich als Saldo der Verantwortungszuschreibung zu Europäischer Union und nationaler Regierung für die wirtschaftlichen Bedingungen im jeweiligen Land.<sup>12</sup> Die Abfrage erfolgt

<sup>11</sup> Detaillierte Informationen finden sich auf der Homepage des Projektes ([www.piredeu.eu](http://www.piredeu.eu)).

<sup>12</sup> In der deutschen Version des Fragebogens lauten die beiden Fragen wie folgt: Wie steht es mit der Zuständigkeit der Bundesregierung für die wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland? Und wie steht es mit der Zuständigkeit der Europäischen Union für die wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland? Diese Operationalisierung des Verantwortlichkeitsindex als Nullsumme erscheint gerechtfertigt, auch wenn beachtet wird, dass das Verhalten externer Akteure („Dritte“) Einfluss auf die wirtschaftlichen Entwicklungen in den EU-Staaten hat. Dies gilt so lange, wie nicht davon ausgegangen werden muss, dass

**Abb. 3** Der Verantwortlichkeitsindex im Ländervergleich, Mittelwerte mit 95 % Konfidenzintervall



jeweils auf einer Skala von 0 (keine Zuständigkeit) bis 10 (volle Zuständigkeit). Zur Berechnung des Index wird für jede befragte Person der Wert für die nationale Regierung vom Wert der Europäischen Union subtrahiert. Es ergibt sich also ein Wertebereich von – 10 (volle Verantwortlichkeit bei der nationalen Regierung) bis 10 (volle Verantwortlichkeit bei der Europäischen Union). Abbildung 3 gibt einen ersten Einblick in die Verteilung zwischen den Ländern. Es ist jeweils der gewichtete<sup>13</sup> Mittelwert und das 95 %-Konfidenzintervall abgebildet. Die senkrechte, gestrichelte Linie stellt den Gesamtmittelwert dar.

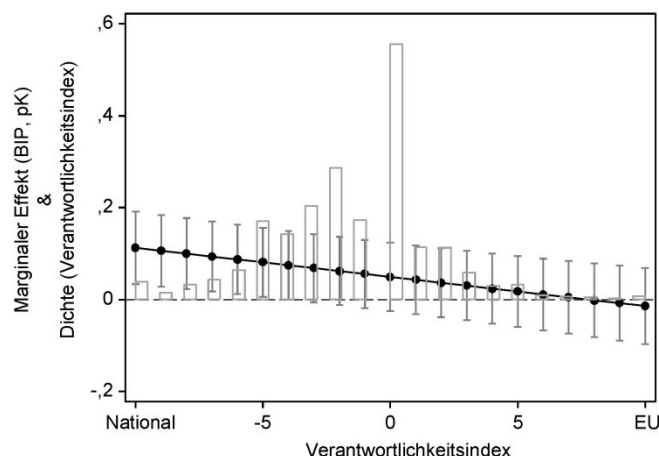
Alle Ländermittelwerte – und damit auch der Gesamtmittelwert – liegen im negativen Wertebereich. Dies deckt sich mit den Ergebnissen von Hobolt et al. (2013). Substantiell bedeutet dies, dass mehr Verantwortung bei den nationalen Regierungen vermutet wird. Es ergeben sich durchaus signifikante Unterschiede zwischen den Ländern, die sich jedoch auf den ersten Blick nicht durch übliche Ländergruppen (z. B. Südeuropa, Skandinavien, Mitteleuropa, etc.) erklären lassen. Im Vergleich zu den anderen Ländern liegt Deutschland im Mittelfeld zwischen den Extremen Lettland (stärkste Zuschreibung zugunsten der nationalen Regierung) und Zypern (schwächste Zuschreibung zugunsten der nationalen Regierung). Insgesamt kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass durchaus Varianz zwischen den Mitgliedsstaaten existiert, die sich – so auf der Mikroebene prinzipiell identische Erklärungsmuster für die Verantwortlichkeitszuschreibung existieren – auf Makrophänomene zurückführen lassen.<sup>14</sup>

diese Dritten einen stärkeren Einfluss auf die Verantwortung der nationalen als der EU-Ebene (oder umgekehrt) für die wirtschaftliche Entwicklung ausübten.

<sup>13</sup> Die Fallzahl wurde für diese Abbildung an jene der Regressionsanalyse (Tab. 2) angepasst und wie für die Regressionsanalyse in Tab. 2 wurden Anpassungsgewichte zur Verbesserung der Repräsentativität verwendet.

<sup>14</sup> Eine Berechnung der Intra-Klassen-Korrelation (ICC) im Mehrebenenmodell schwächt diese Einschätzung etwas ab. Lediglich 5,3 % der vorhandenen Varianz lassen sich auf Unterschiede zwischen den Gruppen, in diesem Fall also den Ländern, zurückführen. Daraus folgt, dass sich ein Großteil der Unterschiede zwischen Ländern auf eine Ungleichverteilung von individuellen Charakteristika zurückführen lässt. Nichtsdestotrotz ergibt sich ein signifikanter LR-Test für das Mehrebenenmodell im Vergleich zum einfachen Regressionsmodell.

**Abb. 4** Verteilung des Verantwortlichkeitsindex und marginaler Effekt der wirtschaftlichen Lage



Lassen sich für die 27 EU-Mitgliedstaaten auf der Basis des Verantwortlichkeitsindex ähnliche Ergebnisse wie für die deutsche Bundestagswahl 2009 (Abb. 1) finden? Mit anderen Worten: Handelt es sich bei diesem Index um ein Äquivalent zur klassisch verwendeten, nationalen Abfrage der Regierungsverantwortung und ist er damit eine valide Kennzahl? Zur rudimentären Überprüfung dient eine logistische Mehrebenenanalyse. Die abhängige Variable bildet die Wahlabsicht (Sonntagsfrage für die nächste nationale Wahl), wobei lediglich zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien unterschieden wird. Als unabhängige Variablen beinhaltet das Modell das BIP-Wachstum (pro Kopf) als typischen Indikator für die ökonomische Entwicklung, den Verantwortlichkeitsindex und eine Interaktion beider Variablen.<sup>15</sup>

Abbildung 4 zeigt den marginalen Effekt der Veränderung des BIP-Wachstums um eine Einheit, in diesem Fall also einen Prozentpunkt, für verschiedene Werte des Verantwortlichkeitsindex und die 95 %-Konfidenzintervalle. Im Hintergrund ist die Verteilung des Verantwortlichkeitsindex mithilfe eines Histogramms abgetragen. Die Ergebnisse ähneln deutlich jenen zur Bundestagswahl 2009. Ein Effekt der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Wahlabsicht einer Regierungspartei lässt sich nur dann signifikant nachweisen, wenn die Verantwortung klar bei der nationalen Regierung gesehen wird – konkret, bei Werten zwischen – 5 und – 10. Dies entspricht im Übrigen etwa einem Viertel der Befragten über alle Länder hinweg. Wird hingegen die Verantwortlichkeit der EU zugeschrieben, also bei positiven Werten auf der x-Achse, spielen wirtschaftliche Faktoren keine Rolle für die Wahlintention auf nationaler Ebene.

Im vorangegangenen Abschnitt wurden verschiedene potentielle Erklärungen für die Zuschreibung von Verantwortlichkeit für die wirtschaftlichen Bedingungen zwischen den politischen Ebenen bzw. Akteuren vorgestellt. An dieser Stelle soll nun kurz auf die konkrete Operationalisierung der einzelnen erklärenden Variablen eingegangen werden.

<sup>15</sup> Die detaillierten Ergebnisse der Analyse finden sich im Anhang (Tab. 4). Im Gegensatz zu allen anderen Berechnungen in diesem Papier beruht dieses Modell nicht auf durch Anpassungsgewichte korrigierten Daten. Die *xtmelogit*-Prozedur in Stata ist leider nicht in der Lage, Berechnungen mit Gewichten vorzunehmen. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass dies zu einer signifikanten Verzerrung der Ergebnisse führt.

Für die Messung eines potentiellen Bias bezüglich der nationalen Regierung nutzen wir die Parteiidentifikation mit einer Regierungspartei (*PI Regierung*). Weist ein Befragter eine Identifikation mit einer der Parteien in der nationalen Regierung auf, so wird ein Wert von 1 zugewiesen. Identifikation mit einer anderen Partei oder Befragte, die keine Parteiidentifikation haben, bilden die Referenzgruppe.

Als Äquivalent für die Europäische Union nutzen wir die Beurteilung der Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU (*EU Mitgliedschaft*). Hier wird eine positive Bewertung auf 1 und eine neutrale bzw. negative Bewertung auf 0 gesetzt. Letzteres ist vergleichbar mit der Kodierung der Parteiidentifikation mit einer Regierungspartei, bei der eine PI *für* die Regierung zugleich *keiner* (neutral) und einer Identifikation mit *einer anderen* Partei (entgegengesetzt/negativ) gegenübergestellt wird.

Auf der Individualebene finden drei weitere (Kontroll-)Variablen Verwendung. Die retrospektive Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage (*AWL, retro*) wird dabei als kategoriale Variable mit drei Ausprägungen (1 = Verbesserung der Lage; 2 = keine Veränderung; 3 = Verschlechterung der Lage) operationalisiert. Die beiden verbliebenen Kontrollvariablen stellen ‚Spiegelvariablen‘ dar; sie geben jeweils Aufschluss darüber, ob die nationale Regierung (*Effekt Regierung*) bzw. die Europäische Union (*Effekt EU*) aus der Sicht des Befragten einen positiven, negativen oder gar keinen Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung gehabt hat. Wenn Effekte der jeweiligen Ebene wahrgenommen werden, sollte sich dies auch entsprechend in der Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung niederschlagen. Somit wird auf die Höhe des perzipierten Einflusses kontrolliert, den die beiden hier kontrastierten Ebenen auf das Wirtschaftsgeschehen ausüben. Indirekt ist damit ebenfalls der Einfluss von dritten Akteuren (andere Staaten, internationale Institutionen, große Wirtschaftsunternehmen) in das Modell aufgenommen.

Die Entwicklung des BIP pro Kopf (BIP-Wachstum, pK) stellt den zentralen Indikator auf der Makroebene dar. Dies folgt der oben aufgestellten Annahme, dass sowohl der Effekt einer Parteineigung für eine Regierungspartei als auch jener der Beurteilung der EU-Mitgliedschaft durch realökonomische Entwicklungen konditioniert wird. Konkret nutzen wir die relativen Veränderungen des BIP pro Kopf vom Jahr 2008 zum vorangegangenen Jahr. Da die Wahl zum Europäischen Parlament bereits im Juni stattfand, erscheint dies sinnvoller, als den entsprechenden Wert für das Jahr 2009 auszuwählen. Zusätzlich kontrollieren wir auf der Makroebene auf die Mitgliedschaft in der Eurozone (*Euro*). Tatsächlich schränkt die Einführung des Euros die Handlungsfähigkeiten nationaler Regierungen zu Gunsten der europäischen Ebene ein, weshalb hier auch ein direkter Effekt auf die Verantwortungszuschreibung zu erwarten ist.

#### **4 Analyse eines potentiellen Bias**

Zur Überprüfung unserer Hypothesen nutzen wir eine lineare Mehrebenenregression (Random Intercept Model), wobei insgesamt 19.223 Befragte in 27 Ländern

**Tab. 3** Regressionsergebnisse für den Verantwortlichkeitsindex. (Quelle: European Parliament Election Study 2009 (van Egmond et al. 2011))

	Nullmodell	Analytisches Modell
<i>Individualebene</i>		
PI Regierung (1 = ja)		0,51 (0,14)***
EU Mitgliedschaft (1 = positiv)		-0,25 (0,09)**
AWL, retro (Referenz: keine Veränderung)		
Besser		0,22 (0,11)*
Schlechter		-0,27 (0,07)***
Effekt, Regierung (Referenz: keine Effekt)		
Positiv		-0,25 (0,10)*
Negativ		-0,68 (0,08)***
Effekt, EU (Referenz: keine Effekt)		
Positiv		0,54 (0,12)***
Negativ		0,73 (0,09)***
Konstante	-1,50 (0,140)***	-1,94 (0,17)***
<i>Länderebene</i>		
Eurozone (1 = ja)		0,84 (0,18)***
BIP-Wachstum, pro Kopf		0,06 (0,04)
<i>Ebenen übergreifende Interaktionen</i>		
PI Regierung X BIP-Wachstum		-0,03 (0,04)
EU Mitgliedschaft X BIP-Wachstum		0,04 (0,03)
<i>Varianzkomponenten</i>		
Individualebene	9,02 (0,09)***	8,80 (0,54)***
Länderebene	0,51 (0,15)***	0,22 (0,05)***
<i>Modellgüte</i>		
R <sup>2</sup>	—	0,06
Log Pseudolikelihood	-47987,4	-47739,1

Full Maximum Likelihood Estimation; in Klammern sind die robusten Standardfehler abgebildet; Fallzahlen: Individualebene: N=19.223, Länderebene: N=27

\* $p < 0,05$ ; \*\* $p < 0,01$ ; \*\*\* $p < 0,001$

gruppiert sind.<sup>16</sup> In Tab. 3 präsentieren wir neben dem analytischen Modell auch ein Nullmodell zur Darstellung der Varianzverteilung zwischen den beiden Ebenen. Die Gesamterklärungskraft des Modells, das sehr sparsam modelliert ist, beträgt moderate 0,06. Ein Blick auf die Varianzkomponenten im Nullmodell zeigt, dass die Varianz sehr ungleich zwischen den beiden Ebenen verteilt ist, was sich auch in der

<sup>16</sup> Die Befragtenzahl schwankt dabei zwischen 535 und 872 pro Land. Um zu überprüfen, inwiefern die Ergebnisse durch Ausfälle von Befragten aufgrund fehlender Werte verzerrt werden, haben wir ein identisches Modell mit imputierten Daten berechnet. Die multiple Imputation basiert auf einem iterativen Markov Chain Monte Carlo (MCMC)-Verfahren (Rubin 2004) in Stata 13, wobei die hierarchische Struktur der Daten beachtet wurde. Bereits bei einer geringen Anzahl von Imputationen (N = 10) erwiesen sich die Parameter als robust. Im Vergleich zum durch fehlende Werte reduzierten Sample ergeben sich keine relevanten Veränderungen, außer, dass durch die Fallzahl von über 27.000 noch höhere Signifikanzniveaus erreicht werden. In Summe kann geschlussfolgert werden, dass die Ausfälle keinen systematischen Einfluss auf die Ergebnisse haben, was für ihre Verallgemeinerbarkeit spricht.

relativ geringen Intra-Klassen-Korrelation (ICC) von 0,05 widerspiegelt. D. h., dass die Varianz des Verantwortlichkeitsindex nur in geringem Maß auf Unterschiede zwischen Ländern, sondern primär auf Unterschiede zwischen Individuen innerhalb der Länder zurück zu führen ist. Berechnet man die Aufklärungskraft getrennt nach den Ebenen, so ergibt sich für die Individualebene ein  $R^2$  von 0,03 und für die Länderebene ein Wert von immerhin 0,56.<sup>17</sup> Mit anderen Worten: Dieses sparsame Modell erklärt Unterschiede zwischen Ländern deutlich besser als Unterschiede zwischen Individuen innerhalb eines Landes. Da in diesem Papier nicht die Erklärung der Verantwortungszuschreibung, sondern vielmehr die Frage im Vordergrund steht, inwiefern sich hierbei ein Bias nachweisen lässt, ist dieses eher moderate Erklärungsmaß allerdings unproblematisch.

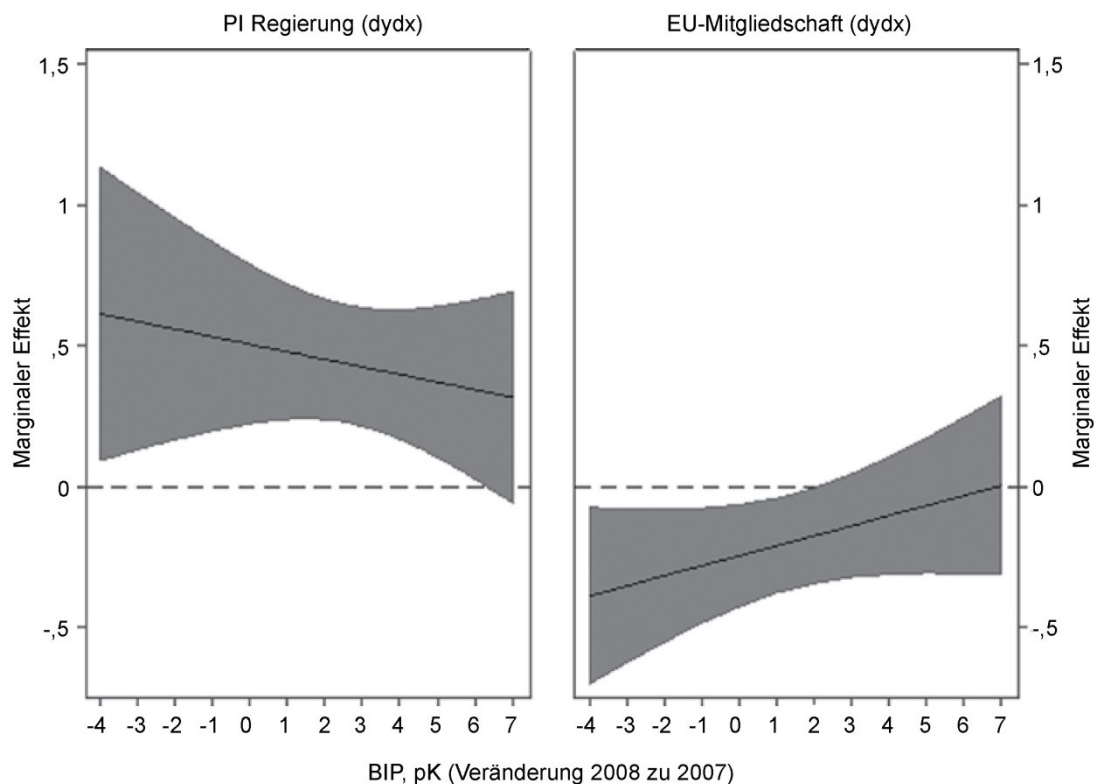
Die retrospektive Einschätzung der nationalen wirtschaftlichen Entwicklung zeigt signifikante Effekte. Im Vergleich zu Befragten, welche keine Veränderung konstatieren, sehen Befragte mit einer positiven Einschätzung die Verantwortung um über 0,2 Skalenpunkte eher bei der EU. Bei negativen Beurteilungen wird die Verantwortung um fast 0,3 Punkte mehr bei der nationalen Regierung gesehen. Im Gegensatz zur – zumindest zuweilen medialen – Debatte führen als negativ wahrgenommene Entwicklungen damit keineswegs automatisch zu einer Schuldzuweisung an die EU. ‚Brüssel‘ scheint damit nicht der natürliche Sündenbock für schlechte Wirtschaftszahlen zu sein.

Die beiden Effektvariablen, welche messen, ob der die befragte Person einen positiven, negativen oder gar keinen Effekt der Politik der EU bzw. der nationalen Regierung auf die wirtschaftliche Entwicklung wahrnimmt, verhalten sich erwartungstreu. Im Vergleich zu einer Situation, in welcher der jeweiligen Ebene kein Effekt attestiert wird, sind die entsprechenden Koeffizienten theoriekonform gerichtet und signifikant. Der Index wird um 0,25 Punkte in Richtung nationaler Verantwortung verschoben, wenn die Politik der nationalen Regierung als positiv wirksam bewertet wird und um 0,68, wenn sie als negativ wirksam wahrgenommen wird. In jedem Fall wird der Regierung Verantwortung zugeschrieben, wenn der Eindruck entstanden ist, dass das Regierungshandeln etwas bewirkt. Wird die Wirkung der Politik der Europäischen Union als positiv eingeschätzt, verschiebt sich der Verantwortlichkeitsindex um 0,54 Punkte hin zum EU-Pol, bei negativer Einschätzung um 0,73 Punkte. Interessant ist, dass für beide Ebenen negative Einflussnahme einen stärkeren Effekt besitzt. Entsprechend führen negative Effektwahrnehmungen zu einer stärkeren Verschiebung der Verantwortlichkeit als positive.

Auf der Makroebene zeigt sich, dass Befragte aus Ländern der Eurozone die Verantwortung signifikant stärker der EU zuschreiben. Dieser Effekt ist zudem in Rela-

---

<sup>17</sup> In anderen, ebenfalls komparativen Studien zu ökonomischem Wählen (Alt und Lowry 2010; Anderson 2000; Powell und Whitten 1993) wird die Relevanz der durch das politische System bestimmten Klarheit der Verantwortlichkeit betont. Abträglich für eine solche Klarheit sind etwa Koalitionsregierungen oder Föderalismus. Wir verzichten in unserem Modell aus zwei Gründen auf die Inklusion einer entsprechenden unabhängigen Variable. Zum einen erscheint es äußerst schwierig, ein entsprechendes Klarheitsmaß für die EU zu bestimmen, da dieses Varianz zwischen Mitgliedsstaaten aufweisen müsste. Politische Informiertheit und Medienaufmerksamkeit bezüglich der Europäischen Union variieren stark (de Vries et al. 2011; Schuck et al. 2011). Zum anderen ist das Ausmaß an zusätzlich zu erklärender Varianz zwischen Ländern äußerst gering.



**Abb. 5** Marginale Effekte nach wirtschaftlicher Lage

tion zu den anderen Faktoren relativ stark; er beträgt fast einen ganzen Skalenpunkt der abhängigen Variablen.<sup>18</sup> Schon Mitte 2009 war Befragten aus Ländern der Eurozone also deutlich bewusst, dass ihre nationalen Regierungen an Einflussmöglichkeiten verloren haben und wichtige Entscheidungen auch auf europäischer Ebene getroffen werden.

Was aber lässt sich über eine mögliche Verzerrung bei der Zuschreibung von Verantwortlichkeit aussagen? Zur Überprüfung wurde sowohl die Identifikation mit einer der Regierungsparteien als auch die Beurteilung der EU-Mitgliedschaft mit dem BIP-Wachstum interagiert. Die marginalen Effekte der Parteiidentifikation und der Mitgliedschaftsbeurteilung sind in Abb. 5 abgetragen. Auf der x-Achse ist wiederum der empirische Wertebereich des BIP-Wachstums pro Kopf abgebildet, mit welchem die beiden Variablen jeweils interagiert wurden. Zur leichteren Interpretation sind zudem die 95 % Konfidenzintervalle abgebildet. Schneiden diese die gestrichelte Linie, übt die jeweilige Variable – Parteineigung für eine der Regierungsparteien bzw. Einstellung zur EU-Mitgliedschaft – für den jeweiligen Bereich des Wirtschaftswachstums keinen signifikanten Effekt aus.

Die beiden marginalen Effekte sind über den Wertebereich der ökonomischen Entwicklung entgegengerichtet. Der Einfluss der Parteineigung für eine Regierungspartei sinkt, je besser sich die ökonomische Entwicklung gestaltet hat (Abb. 5, *links*): Bei schlechter wirtschaftlicher Entwicklung weisen Anhängerinnen und Anhänger

<sup>18</sup> Da fast alle unabhängigen Variablen Dummyvariablen sind, kann die Effektstärke direkt verglichen werden.



der nationalen Regierung signifikant mehr Verantwortung der europäischen Ebene zu als Personen ohne eine solche Bindung. Je stärker die Wirtschaft gewachsen ist, desto geringer wird dieser Unterschied. Eine positive Bewertung der EU-Mitgliedschaft führt hingegen zu einer schwächeren Verantwortlichkeitszuweisung an die Regierung, wenn das BIP pro Kopf im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist (Abb. 5, *rechts*). Bei einer vergleichsweise schlechteren wirtschaftlichen Entwicklung sprechen EU-Skeptikerinnen und -Skeptiker der Europäischen Union also deutlich mehr Verantwortung zu als EU-Befürworterinnen und -Befürworter. Für beide marginalen Effekte gilt jedoch, dass sich die Punktschätzungen nicht signifikant über den Wertebereich unterscheiden. Allerdings sind die Effekte bei guter – im Fall der Parteiidentifikation mit einer Regierungspartei sehr guter – wirtschaftlicher Entwicklung nicht mehr signifikant unterschiedlich von null.

Personen mit einer positiven Einstellung zu einem der beiden Objekte, denen Verantwortlichkeit attribuiert werden kann, machen also das jeweils andere Objekt bei schlechter wirtschaftlicher Entwicklung verantwortlich. Befragte aus Ländern mit besonders schlechter ökonomischer Entwicklung, z. B. Estland oder Lettland, die eine Parteiidentifikation für eine Regierungspartei aufweisen, haben im Durchschnitt einen um 0,6 Punkte höheren Wert auf dem Verantwortlichkeitsindex als ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne eine solche affektive Bindung an eine der Regierungsparteien; Bürgerinnen und Bürger mit einer positiven Bewertung der EU-Mitgliedschaft machen in diesen Ländern mit sehr schlechter Wirtschaftsentwicklung die nationale Regierung um 0,4 Punkte mehr verantwortlich als EU-skeptische Individuen. Führt man sich erneut die Darstellung der Unterschiede in den Ländermittelwerten vor Augen (Abb. 3), so sind dies durchaus relevante Unterschiede. Die Ergebnisse bestätigen die Generalhypothese: Die Verantwortlichkeit wird nicht quasi-objektiv zugewiesen. Vielmehr sehen die Bürgerinnen und Bürger die Schuld für schlechte Entwicklungen a) in höherem Maße bei der EU, wenn sie Anhänger der nationalen Regierungsparteien sind und b) verstärkt bei den nationalen Regierungen, wenn sie der EU-Integration positiv gegenüber stehen.

Weiterhin ist interessant, dass weder nationale Regierungen noch die EU für eine positive Entwicklung wirklich belohnt werden. In beiden Unterabbildungen sind die marginalen Effekte weit davon entfernt, bei einer positiven Entwicklung auch signifikante Werte mit dem jeweils umgekehrten Vorzeichen aufzuweisen. Damit kann also geschlussfolgert werden, dass selbst bei Vorliegen einer Verzerrung gute Performanz – im Sinn eines Anstiegs des BIP pro Kopf – nicht belohnt wird.

## **5 Fazit**

Ökonomisches Wählen ist ein wichtiger Erklärungsansatz in der internationalen Wahlforschung. Ziel dieses Beitrages ist es, eines der zentralen Elemente des Ansatzes, die Zuschreibung von Verantwortlichkeit für wirtschaftliche Bedingungen, einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen. In Anbetracht der aktuellen Wirtschafts- bzw. Eurokrise und deren politischer und öffentlicher Diskussion geschah dies im Kontext der Verantwortung von nationalen Regierungen und der EU. Mithilfe von Umfragedaten für alle 27 Mitgliedsstaaten sollte untersucht werden, inwiefern die

Zuschreibung von Verantwortlichkeit in ähnlicher Weise einem Bias unterliegt, wie dies bereits für ein anderes zentrales Element des Ansatzes, die individuelle Evaluation der wirtschaftlichen Entwicklung, nachgewiesen werden konnte. Eine Parteiidentifikation für eine Regierungspartei bzw. eine generell positive Einstellung gegenüber der EU wurden als mögliche Auslöser für einen solchen Bias eingeführt.

Fasst man die empirischen Ergebnisse dieses Beitrages zusammen, so wird eindeutig belegt, dass ein solcher Bias der Verantwortungszuschreibung existiert. In einem Mehrebenenmodell konnte gezeigt werden, dass die Parteiidentifikation und die Bewertung der Europäischen Union maßgeblich beeinflussen, ob die Verantwortung für die wirtschaftliche Lage eher der nationalen Regierung oder der Europäischen Union zugeschrieben wird. Dabei werden diese Effekte durch die realökonomische Entwicklung – konkret das BIP-Wachstum – konditioniert. Bei schlechter Entwicklung schreiben Personen mit einer Parteiidentifikation für eine der Regierungsparteien die Verantwortung signifikant stärker der EU zu; je besser die Entwicklung, desto geringer wird dieser Effekt. Dies gilt im selben Maß für Personen, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen, welche eine generell positive Einstellung zur EU aufweisen. Diese verorten die Verantwortung bei schlechter Entwicklung eher bei der nationalen Regierung.

Trotz des hier nachgewiesenen Bias kam es im Zug der Wirtschaftskrisen in einigen Mitgliedsstaaten der EU zu einer Abwahl der Regierungen. Dies stellt jedoch keine Relativierung des schützenden Faktors Parteineigung dar, wie er oben aufgezeigt wurde. Vielmehr lohnt ein Blick auf die Häufigkeit der Parteineigung in den einzelnen Ländern. Hier existieren gravierende Unterschiede. So weisen in Ungarn 2009 lediglich acht Prozent der Befragten eine Parteineigung für eine der Regierungsparteien auf, während der entsprechende Wert in Zypern oder Belgien bei über 45 % liegt. Ist die wirtschaftliche Entwicklung in einem Land wie Ungarn negativ, so wirkt sich ein Bias bezüglich der Verantwortungsattribution durch eine Parteineigung für eine Regierungspartei auf das Gesamtwahlergebnis nur sehr schwach aus. Im Fall von Zypern oder Belgien kann die Regierung bei einer gleichermaßen schlechten wirtschaftlichen Entwicklung durch die höhere Quote von Personen mit Parteineigung darauf bauen, dass die Bürgerinnen und Bürger zu einem stärkeren Maß die EU verantwortlich machen.

Interessant erscheint zudem das Ergebnis, dass lediglich ein Viertel der Befragten in allen 27 Ländern die ökonomische Entwicklung tatsächlich in ihr Kalkül, die Regierung zu bestrafen bzw. zu belohnen, einbeziehen. Denn nur da, wo Verantwortlichkeit der nationalen Regierung unterstellt wird, ergibt sich auch ein Effekt auf die Wahlabsicht. Insofern ist es wahrscheinlich, dass sich der Bias in der Verantwortungszuschreibung in noch viel problematischerer Form an der Wahlurne manifestiert. Wenn durch die Wirtschafts- bzw. Eurokrise oder durch die daraus resultierende Politik die Zustimmung zur EU in vielen Mitgliedsstaaten nachlässt, kommen Regierungen bei schlechter wirtschaftlicher Lage womöglich eher mit einer schlechten Performanz davon, da sie weniger stark verantwortlich gemacht werden. Dies mag nationale Regierungen für einen gewissen Zeitraum retten; faktisch kann das aber nur ein zeitlich begrenztes Phänomen sein. Wie van der Eijk und Franklin (1996, S. 8) schon Mitte der 1990er konstatieren, ist Blame Avoidance dieser Art ein riskantes Spiel. Mittelfristig werden die Regierungen dann über den Umweg Brüssel

verantwortlich gemacht, da eine dauerhaft schlechte Entwicklung letztlich als ein Versagen der jeweiligen Regierungschefs im Europäischen Rat bewertet wird. Der Vorwurf, dass nationale Interessen in Brüssel nicht effektiv durchgesetzt werden, ist so schwerwiegend, dass auch dies spürbare Effekte auf das Wahlergebnis haben kann. Allerdings ist eine solche, primär indirekte Form des evaluativen Wählens nicht mehr im Bereich des Economic Votings, sondern eher im Bereich der Kompetenzzuweisung und Salienzthemen zu verorten.

Welche Relevanz haben unsere Ergebnisse für den Ansatz des ökonomischen Wählens allgemein? Gestartet als ein demokratietheoretisch hochgradig relevantes Kontrollinstrument in der repräsentativen Demokratie scheinen wir nun mit einer Situation konfrontiert, in der sowohl die Wahrnehmung und Bewertung der ökonomischen Entwicklung als auch die Zuschreibung der Verantwortlichkeit für diese stark von Parteineigungen und generalisierten Einstellungen abhängig sind. Dies macht ökonomisches Wählen individuell nicht weniger konsistent, aber objektiv betrachtet weit weniger effizient. Das so erzeugte ‚Verantwortlichhalten‘ hat wenig mit der ursprünglichen Idee des ökonomischen Wählens zu tun.

Natürlich ist es notwendig, diese Annahme einer empirischen Überprüfung zu unterziehen. So ist nicht auszuschließen, dass Parteineigung in gewissem Maß auch durch die Performanz einer Partei entsteht bzw. durch sie gestärkt oder geschwächt wird. Zwar stellt Parteineigung ein langfristig stabiles Merkmal dar, es könnte jedoch von Interesse sein, auf der Basis von Paneldaten den Zusammenhang von Performanz und (Stärke sowie Stabilität der) Parteineigung zu untersuchen, um das hier vorgestellte Erklärungsmodell weitergehend modifizieren zu können. Zudem erscheint es sinnvoll, in einem zukünftigen Schritt ein Wahlmodell zu spezifizieren, welches sowohl den Bias in der Wahrnehmung der ökonomischen Entwicklung als auch den Bias in der Verantwortungszuschreibung explizit modelliert. Ein solches Modell könnte nicht nur die Relevanz des ökonomischen Wählens als Ansatz in seinem ursprünglichen Sinn bestimmen, sondern auch eine Brücke zu sozialpsychologischen Erklärungsansätzen bauen.

#### **Danksagung**

Die Autoren bedanken sich ausdrücklich bei den beiden anonymen Gutachterinnen und Gutachtern für ihre wertvollen Hinweise und bei Josephine Lichteblau und Antonia May für die Unterstützung bei der Erstellung der Druckfassung des Beitrags.

## Anhang

**Tab. 4** Logistische Regressionsergebnisse für die Wahlabsicht (zu Abb. 4). (Quelle: European Parliament Election Study 2009 (van Egmond et al. 2011))

	Nullmodell	Analytisches Modell
<i>Individualebene</i>		
Verantwortlichkeitsindex		0,07 (0,01)***
Konstante	−0,47 (0,11)***	−0,44 (0,12)***
<i>Länderebene</i>		
BIP-Wachstum, pro Kopf		0,049 (0,038)
<i>Ebenen übergreifende Interaktionen</i>		
PI Regierung X BIP-Wachstum, pro Kopf		−0,01 (0,002)***
<i>Varianzkomponenten</i>		
Individualebene	–	–
Länderebene	0,33 (0,09)***	0,22 (0,08)***
<i>Modellgüte</i>		
R <sup>2</sup> (Snijders und Bosker)	–	0,02
Log Likelihood	−12478,1	−12409,0

Full Maximum Likelihood Estimation; in Klammern sind die robusten Standardfehler abgebildet; abhängige Variable: Wahlabsicht (1 = Regierungspartei); Fallzahlen: Individualebene: N=19.223. Länderebene: N=27

\* $p < 0,05$ ; \*\* $p < 0,01$ ; \*\*\* $p < 0,001$

## Literatur

- Alt, James E., und Robert C. Lowry. 2010. Transparency and accountability: Empirical results for US states. *Journal of Theoretical Politics* 22 (4): 379–406.
- Anderson, Christopher J. 2000. Economic voting and political context: A comparative perspective. *Electoral Studies* 19 (1): 151–170.
- Anderson, Christopher J. 2007. The end of economic voting? Dilemmas and the limits of democratic accountability. *Annual Review of Political Science* 10 (2): 271–296.
- Anderson, Christopher J., Silvia M. Mendes, und Yuliya V. Tverdova. 2004. Endogenous economic voting: Evidence from the 1997 British election. *Electoral Studies* 23 (4): 683–708.
- Bartels, Larry M. 2002. Beyond the running tally: Partisan bias in political perceptions. *Political Behavior* 24 (2): 117–150.
- Blais, André, Mathieu Turgeon, Elisabeth Gidengil, Neil Nevitte, und Richard Nadeau. 2004. Which matters most? Comparing the impact of issues and the economy in American, British and Canadian elections. *British Journal of Political Science* 34 (3): 555–563.
- Campbell, Angus, Philip Converse, Warren E. Miller, und Donald Stokes. 1960. *The American voter*. New York: Wiley.
- Clarke, Harold D., Marianne C. Stewart, und Paul F. Whiteley. 2002. Emotions, expectations and the dynamics of party support in Britain. In *Economic voting*, Hrsg. Han Dorussen und Michael Taylor, 235–260. Milton Park: Routledge.
- De Vries, Catherine E., Wouter van der Brug, Marcel van Egmond, und Cees van der Eijk. 2011. Individual and contextual variation in EU issue voting: The role of political information. *Electoral Studies* 30 (1): 16–28.
- Dorussen, Han, und Michael Taylor. 2002. Group economic voting: A comparison of the Netherlands and Germany. In *Economic voting*, Hrsg. Han Dorussen und Michael Taylor, 92–120. Milton Park: Routledge.

Ursprünglich erschienen in:

**Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft 8 (2014), SH. 5, S. 141**

- Duch, Raymond M., und Harvey D. Palmer. 2002. Heterogeneous perceptions of economic conditions in cross-national perspective. In *Economic voting*, Hrsg. Han Dorussen und Michael Taylor, 139–172. Milton Park: Routledge.
- Healy, Andrew, und Neil Malhotra. 2013. Retrospective voting reconsidered. *Annual Review of Political Science* 16 (1): 285–306.
- Hering, Martin. 2008. Welfare state restructuring without grand coalitions: The role of informal cooperation in blame avoidance. *German Politics* 17 (2): 165–183.
- Hobolt, Sara B., James Tilley, und Jill Wittrock. 2013. Listening to the government: How information shapes responsibility attributions. *Political Behavior* 35 (1): 153–174.
- Lewis-Beck, Michael S. 1986. Comparative economic voting: Britain, France, Germany, Italy. *American Journal of Political Science* 30 (2): 315–346.
- Lewis-Beck, Michael S., und Mary Stegmaier. 2000. Economic determinants of electoral outcomes. *Annual Review of Political Science* 3:183–219.
- Norpoth, Helmut. 2001. Divided government and economic voting. *The Journal of Politics* 63 (2): 414–435.
- Paldam, Martin. 1991. How robust is the vote function? A study of seventeen nations over four decades. In *Economics and Politics*, Hrsg. Helmut Norpoth, Michael S. Lewis-Beck, und Jean Dominique Lafay, 9–32. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Peffley, Mark, und John T. Williams. 1985. Attributing presidential responsibility for national economic problems. *American Politics Research* 13 (4): 393–425.
- Powell, G. Bingham, und Guy D. Whitten. 1993. A cross-national analysis of economic voting: Taking account of the political context. *American Journal of Political Science* 37 (2): 391–414.
- Rattinger, Hans, und Charlotte Kellermann. 2007. Wahrnehmungen der Wirtschaftslage und Wahlverhalten. In *Der gesamtdeutsche Wähler: Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*, Hrsg. Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel, und Jürgen W. Falter, 329–356. Baden-Baden: Nomos.
- Rattinger, Hans, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, und Bernhard Weißels. 2011. *Nachwahl-Querschnitt (GLES 2009)*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5301 Datenfile Version 4.0.0.
- Rubin, Donald B. 2004. *Multiple imputation for nonresponse in surveys*. Wileys Classics Library Edition. Hoboken: John Wiley & Sons.
- Rudolph, Thomas J. 2003. Institutional context and the assignment of political responsibility. *The Journal of Politics* 65 (01): 190–215.
- Schuck, Andreas R. T., Georgios Xezonakis, Matthijs Elenbaas, Susan A. Banducci, und Claes H. de Vreese. 2011. Party contestation and Europe on the news agenda: The 2009 European Parliament Elections. *Electoral Studies* 30 (1): 41–52.
- Steiner, Nils D., und Markus Steinbrecher. 2012. Wirtschaft und Wahlverhalten in Westdeutschland zwischen 1977 und 2007: Wer sind die ökonomischen Wähler? In *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft (45): Wählen in Deutschland*, Hrsg. Rüdiger Schmitt-Beck, 321–344. Baden-Baden: Nomos.
- Tilley, James, und Sara B. Hobolt. 2011. Is the government to blame? An experimental test of how partisanship shapes perceptions of performance and responsibility. *The Journal of Politics* 73 (02): 316–330.
- Van der Brug, Wouter, Cees van der Eijk, und Mark Franklin. 2007. *The Economy and the vote: Economic conditions and elections in fifteen countries*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Van Egmond, Marcel, Wouter van der Brug, Sara Hobolt, Mark Franklin, und Eliyahu V. Sapir. 2011. *European Parliament Election Study 2009, Voter Study*. GESIS Data Archive, Cologne. ZA5055 Data file Version 1.0.0.
- Van der Eijk, Cees, und Mark Franklin. 1996. The problem: Representation and democracy in the European Union. In *Choosing Europe? The European electorate and national politics in the face of the union*, Hrsg. Cees Van der Eijk und Mark Franklin, 3–10. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Weatherford, M. Stephen. 1983. Economic voting and the „Symbolic Politics“ argument: A reinterpretation and synthesis. *The American Political Science Review* 77 (1): 158–174.